

Bonn, den 16. Januar 2023

---

**Achtung: Sperrfrist bis zum 17. Januar 2023, 7:00 Uhr**

## Erneut Streik bei der Deutschen Post!

Am 17. Januar 2023 wird bei der Deutschen Post AG erneut gestreikt, diesmal in der Niederlassung Betrieb Karlsruhe. Die Fachgewerkschaft DPVKOM ruft damit nach dem ersten Streik Anfang Januar in der Niederlassung Betrieb Magdeburg die Beschäftigten der Deutschen Post ein zweites Mal dazu auf, die Arbeit für einen Tag niederzulegen. Der Streik beginnt um 7:00 Uhr morgens in der Paketzustellbasis Knielingen und in den Zustellstützpunkten Bad Bergzabern, Böchingen, Landau und Wilgartswiesen. Er endet um 19:00 Uhr. Dadurch werden an diesem Tag in den Gebieten Nordbaden und Südpfalz bis zu 15.000 Pakete und etwa 10.000 Briefe nicht zugestellt.

Am Streiktag findet in der Zeit von 11:00 bis 12:00 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz in Landau, Maximilianstraße 11, 76829 Landau eine Streikkundgebung der DPVKOM mit rund 150 Teilnehmenden statt.

Mit dem Streik will die DPVKOM den Druck auf die Deutsche Post AG erhöhen, ein Angebot vorzulegen, das deutliche Entgeltsteigerungen, insbesondere für die unteren Entgeltgruppen, vorsieht. Die DPVKOM fordert 12 Prozent mehr Entgelt, eine Mindesthöhung der Monatsentgelte der unteren Entgeltgruppen um 500 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten sowie eine Höhergruppierung bestimmter Beschäftigtengruppen. Diese hohe Entgeltforderung ist nicht nur angesichts der stetig steigenden Preise für Lebensmittel und Energie vollauf gerechtfertigt. Die Deutsche Post zählt eindeutig zu den Gewinnern der Corona-Pandemie und steht mit einem prognostizierten Ergebnis von 8,4 Milliarden Euro vor ihrem bislang besten Geschäftsjahr. Außerdem wird die Deutsche Post ihre gravierenden Personalprobleme nur dann lösen, wenn sie den Beschäftigten deutlich höhere Löhne zahlt. Ein Einstiegsgehalt von knapp 2.400 Euro brutto für Zustellerinnen und Zusteller ist angesichts der harten Arbeitsbedingungen in der Zustellung viel zu gering. Damit kann kein neues Personal gewonnen werden. Zusätzlich zu der Entgeltforderung fordert die DPVKOM die Deutsche Post auf, zeitnah die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro auszus zahlen, und zwar unabhängig von einer tariflichen Erhöhung der Entgelte.